

Leitfaden Vernetzung und Kooperation



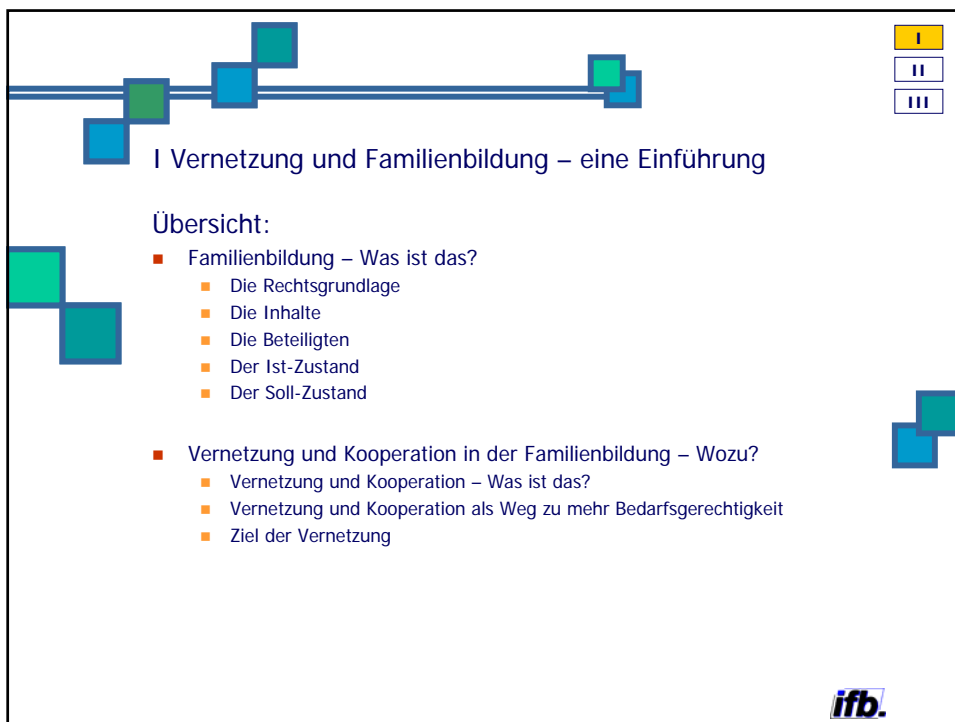
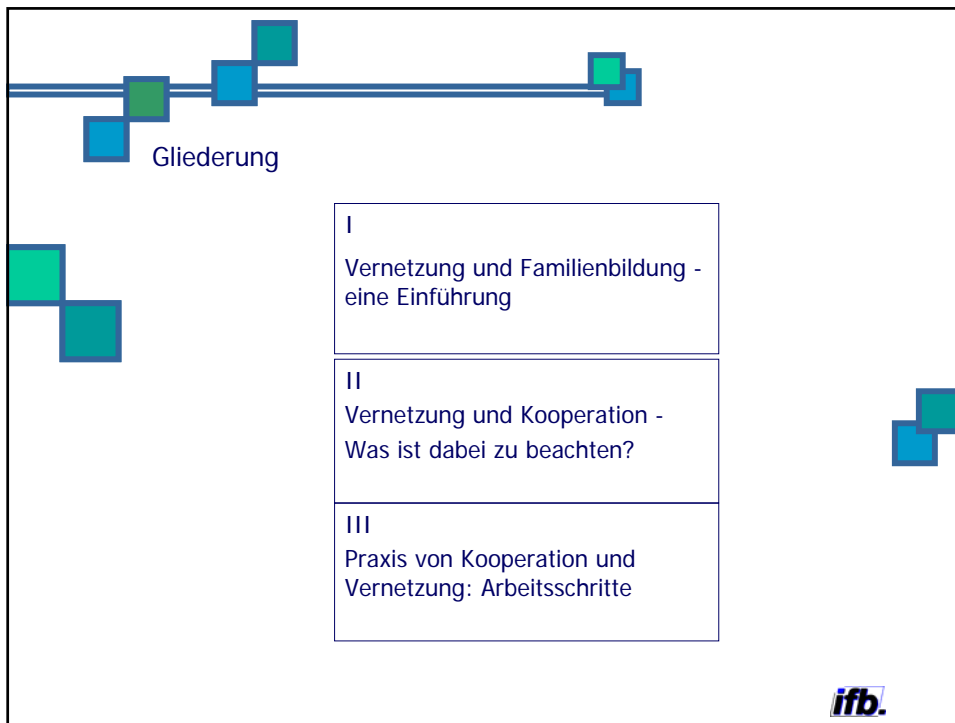
für Initiativen zur Förderung der Familienbildung





Impressum

- Bearbeitung: Wiebke Beckstette, Dr. Kurt Bierschock, Dr. Marina Rupp
- Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (*ifb*)
 - D-96045 Bamberg
 - Hausadresse: Heinrichsdamm 4, D-96047 Bamberg
 - Tel.: (0951) 965 25 - 0
 - Fax: (0951) 965 25 - 29
 - E-mail: sekretariat@ifb.uni-bamberg.de
 - Internet: <http://www.ifb-bamberg.de>
- Gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
- Gestaltung: *ifb*, Bamberg

© November 2002






Familienbildung – Was ist das?


- **Rechtsgrundlage: § 16 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe)**
dient der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie. Zu den wesentlichen Aufgaben zählen die Gewährleistung und Förderung der Familienbildung durch die Jugendämter. Dies entspricht dem obersten Leitmotiv des KJHG: Prävention.
- **Der Inhalt**
Ziele im Bereich der Familienbildung sind:
 - die Herstellung von Bedarfsgerechtigkeit der Familienbildung, indem alle familialen Formen und Lebenslagen bei den Angeboten berücksichtigt werden;
 - die Befähigung der Familien zur Teilnahme in außerfamilialen Einrichtungen der Nachbarschafts- und Familienselbsthilfe;
 - die Vorbereitung junger Menschen auf Ehe, Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern.



Allerdings wurde und wird Familienbildung auch in anderem Kontext angeboten, z.B. im Rahmen der Erwachsenenbildung.

Familienbildung – Wer macht das?




- **Die Beteiligten**
 - Träger, deren Kernaufgabe Familienbildung ist
 - die Familienbildungsstätten der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände und der Kommunen, sowie
 - die Erwachsenenbildungsstätten (Bildungswerke, Volkshochschulen und Werke in kirchlicher Trägerschaft).
 - Träger, die neben anderen Aufgaben auch Familienbildung anbieten, wie z.B.
 - Betreuungseinrichtungen (Kindertagesstätten, Kindergärten, Kinderkrippen, Hort) und Schulen;
 - Einrichtungen der Familienselbsthilfe (Mütter-, Familien- und Nachbarschaftszentren, Initiativen und Selbsthilfegruppen);
 - Pfarrgemeinden und kirchlichen Gruppierungen (auch Eltern-Kind-Gruppen);
 - und Wohlfahrtsverbände, Erziehungs-, Familien- und Lebensberatungsstellen und Sozialdienste sowie Jugendämter.





Familienbildung – Was ist das?


- Der IST-Zustand
Die Angebote in der Familienbildung zeichnen sich gegenwärtig durch eine große Vielfalt aus. In manchen Bereichen kommt es teilweise durch mangelnde Abstimmung zwischen den Anbietern zu Mehrfachangeboten. Die Angebote weisen teils eine „Mittelschichtorientierung“ auf und entsprechen somit nicht immer den sehr unterschiedlichen Bedürfnissen von Familien.
- Der SOLL-Zustand
Ziel ist es, bedarfsgerechte Angebote in der Familienbildung durch Vernetzung und Kooperation aller beteiligten Einrichtungen und Organisationen vor Ort zu schaffen





Vernetzung und Kooperation in der Familienbildung – Wozu?

Übersicht:




- Vernetzung und Kooperation – Was ist das?
- Vernetzung und Kooperation als Weg zu mehr Bedarfsgerechtigkeit
- Ziel der Vernetzung



Vernetzung und Kooperation – Was ist das?


Vernetzung bedeutet zunächst, Kenntnisse über mögliche Beteiligte (z.B. deren Aufgabe, Profil, Arbeitsweise) zu gewinnen und dann persönliche Beziehungen her zu stellen, die im Interesse von allen Partnern stehen, so dass jeder auf diese Beziehungen zurückgreifen kann. Auf der Grundlage dieser Vernetzung besteht die Möglichkeit, Kooperationen aufzubauen und so gemeinsame Ideen und Vorhaben zur Familienbildung zu entwickeln.







Vernetzung und Kooperation als Weg zu mehr Bedarfsgerechtigkeit

Familienbildung muss *bedarfsgerecht* sein, das heißt, dass Familienbildung unterschiedliche Familienformen und -phasen, berücksichtigen muss, die jeweils eigene Erziehungsaufgaben mit sich bringen. Deshalb sind Angebote für folgende familiäre Situationen zu erarbeiten:

- **Familienformen:** neben der „Normalfamilie“ z.B. Ein-Eltern-Familie, Stieffamilie, Pflegefamilie u.a.
- **Familienphasen:** Jugendliche und junge Paare, junge Ehepaare, Ehepaare mit Kindern in der Pubertät und in den weiteren Phasen der Entwicklung, ältere Ehepaare in der „Empty-Nest“-Phase u.a.
- **Familienaufgaben:** Haushalt, Beziehungen und Konflikte, Erziehung u.a.
- **Familien in besonderen Lebenslagen:** Familien mit:
 - behinderten, chronisch kranken Angehörigen,
 - suchtkranken Angehörigen,
 - pflegebedürftigen Angehörigen,
 - arbeitslosen Angehörigen, sowie sozial benachteiligte Familien und
 - Zuwanderer- und Aussiedlerfamilien
- **sonstige Zielgruppen:** Väter, Tagesmütter, Babysitter.










Vernetzung hat zum Ziel

- Angebote gemeinsam oder zumindest zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmt zu planen und durchzuführen;
- Einrichtungen, Organisationen und Vereine zur Kooperation, zu gemeinsamer und/oder aufeinander abgestimmter Planung und Durchführung von Angeboten zu veranlassen.

Geeignete Strategien könnten sein:

- Stufe 1: gemeinsame Aktivität
 - z.B. sich bei einem gemeinsamen Fest vorstellen
- Stufe 2: gemeinsames Ziel
 - z.B. eine gemeinsame Angebotsinformation erarbeiten, z.B. in Form eines Wegweisers für Familien
- Stufe 3: Verstetigung
 - z.B. einen Runden Tisch bilden




II Vernetzung und Kooperation – Was ist dabei zu beachten?





Hier wird beispielhaft beschrieben, wie Vernetzung durch eine Initiative des Jugendamtes angestoßen werden kann.

Vernetzung braucht Geduld!

Übersicht:






- Das Jugendamt als verantwortliche Stelle
- Familienbildung als Aufgabe der Jugendhilfe (§ 16 SGB VIII) und Teil der Jugendhilfeplanung
- Ansprechpartner vor Ort sind sehr wichtig
- Eine breite Kooperationsbasis schaffen
- Die Einbeziehung kommunalpolitischer Akteure ist hilfreich
- Gemeinsame Ziele finden





Das Jugendamt als Partner


- Die flächendeckende Einbeziehung der familienbildenden bzw. familienunterstützenden Maßnahmen nach § 16 SGB VIII in die Jugendhilfeplanung ist gesetzlich geboten und somit erforderlich. Daraus folgt auch, dass die Koordination dieser Maßnahme Aufgabe des Jugendamtes ist.
- Das Jugendamt ist nicht nur verpflichtet, diese Aufgabe zu übernehmen, es verfügt auch über wichtige Voraussetzungen: Es hat entsprechende Kontakte, eröffnet Zugänge zu Informationen und kann neue Ansprechpartner vermitteln.
- Das Jugendamt kann so vorgehen, dass es eine Liste der Teilnehmer für das erste Treffen erstellt. Hierbei ist es wichtig, dass bereits vorhandene Organisations- und Kooperationsstrukturen beachtet werden.
- Für weitere Treffen kann der Teilnehmerkreis erweitert werden.





Ansprechpartner vor Ort sind sehr wichtig

Ansprechpartner vor Ort sind für Vernetzung und Kooperation sehr wichtig, weil sie über vielfältige Kenntnisse verfügen. Sie stellen deshalb häufig ein Bindeglied zwischen Belangen der Familien und den Einrichtungen vor Ort dar. Sie besitzen Kenntnisse über:

- bereits bestehende Netzwerke;
- die vorhandenen Bildungsangebote, Betreuungsangebote und Trägerstrukturen sowie über
- die Bedarfe der Familien vor Ort.








Eine breite Kooperationsbasis ist notwendig.


Es müssen im ersten Anlauf alle Einrichtungen und Vereine einbezogen werden, die Familienbildung im weitesten Sinne betreiben:



- Vernetzungen sind immer nur so gut, wie die daran Beteiligten. Persönliches und vor allem wechselseitiges Engagement sind eine unerlässliche Voraussetzung für das Funktionieren von Netzwerken.
- Das Jugendamt trägt dafür Sorge, dass alle in Frage kommenden Einrichtungen einbezogen werden.
- Die Verbesserung der Bedarfsgerechtigkeit vor Ort kann nur gewährleistet werden, wenn alle relevanten Anbieter beteiligt werden.
- Konkret bedeutet dies, dass sämtliche Einrichtungen, Organisationen und Vereine um Mitwirkung gebeten werden, die familienbildende und/oder familienunterstützende Angebote unterbreiten.
- Bei Vernetzungsanstrengungen in kleineren Gemeinden muss außerdem darauf geachtet werden, dass auch die überörtlichen Einrichtungen in die Vernetzungsanstrengungen einbezogen werden, weil sie sowohl selbst Angebote bereit stellen aber auch örtliche Maßnahme unterstützen können.



Die Einbeziehung kommunalpolitischer Akteure ist hilfreich

- Vernetzung benötigt einen Kern an bestehenden persönlichen Beziehungen, auf die das Netzwerk aufbauen kann.
- Es hat sich als wichtig und hilfreich erwiesen, die politischen Akteure vor Ort – z.B. Bürgermeister, Gemeinderäte – von Anfang an in die Vorbereitung der Initiative einzubeziehen. Denn die Kooperationsbereitschaft und das Engagement der Vereine werden wesentlich vom Engagement der führenden politischen Akteure (v.a. Bürgermeister) beeinflusst.
- Die politischen Akteure sind auch Mitglieder bzw. Funktionäre in einer Vielzahl örtlicher Vereine und Einrichtungen und verfügen deshalb über großen Einfluss.









Der erste Eindruck zählt

Es ist sehr wichtig, den Teilnehmern von Anfang an bewusst zu machen, worum es geht und welche möglichen Ziele mit der Initiative verbunden werden können.



Dabei kommt es auf einige wesentliche Punkte an:



- Bedenken abbauen – Gemeinsamkeiten betonen
- Perspektiven eröffnen – Wozu das alles?
- Alte Animositäten und neue Koalitionen



Bedenken abbauen und Gemeinsamkeiten betonen

- Bedenken von Seiten der Teilnehmer müssen aufgenommen und ernstgenommen werden, um sie entsprechend berücksichtigen oder ihnen gezielt entgegenwirken zu können.
- Alle Entscheidungen sollen im Einvernehmen mit den Teilnehmern, also gemeinsam getroffen werden.
- Auch wenn das Jugendamt die Gesamtverantwortung trägt, sollte die Kooperation möglichst frühzeitig zum Anliegen der Kooperationsgruppe vor Ort werden. Kooperation kann nicht dauerhaft durch Initiative von außen aufrecht erhalten werden.








Perspektiven eröffnen – Wozu das alles?

Die Vorteile der Kooperation sollten anhand der Aufgaben und Ziele der Zusammenarbeit bewusst gemacht werden:

Die Kooperation wird:


- Terminabsprachen ermöglichen
- Austausch über Angebote, Veranstaltungen und Gemeinsamkeiten anbieten
- Rückhalt bei anderen Trägern geben
- das Kennenlernen von persönlichen Ansprechpartnern gewährleisten
- einen Überblick ermöglichen: Wo ist was los? Wo drückt der Schuh? Wo muss dringend etwas getan werden?





Alte Animositäten und neue Koalitionen

Mit verborgenen (Netzwerk-)Strukturen muss behutsam umgegangen werden.

- Gerade im ländlichen Raum verfügen die Engagierten sehr oft über Doppel- und Dreifachmitgliedschaften in den Verbänden. Die so entstandenen Netzwerke sind oft eng miteinander verbunden und teilen einander Aufgaben zu.
- Die Folge ist, dass gewachsene Beziehungsmuster oft nur schwer aufgebrochen werden können. So können bestimmte Interessengruppen nur schwer Berücksichtigung finden.
- Unverzichtbar sind hier fundierte Informationen über lebensweltliche Zusammenhänge vor Ort sowie die verschiedenen Verwaltungsstrukturen.








Es kann und wird Probleme geben


Es gibt im wesentlichen zwei Hindernisse, die den Vernetzungsprozess erschweren:


- Der Mangel an zeitlichen Ressourcen bei den meist ehrenamtlichen Mitarbeitern - zumal viele mehrfach engagiert sind.
 - Abhilfe ist nur möglich durch verstärkte Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten sowie
 - eine Straffung und bessere Abstimmung der Aktivitäten.
- Es herrscht oft ein Konkurrenzdenken zwischen manchen Anbietern vor, d.h. man hat Angst vor dem Verlust von (ohnehin knappen) Finanzmitteln.
 - Wichtig ist es daher
 - die Eigenständigkeit zu beachten und zu garantieren;
 - die Vorteile der Gemeinsamkeit aufzuzeigen.



Gemeinsame Ziele finden

- Für den Vernetzungsprozess ist es notwendig gemeinsame Ziele zu entwickeln. Diese sollten von den Teilnehmer selbst gewählt werden. Sie bilden die Motivationsgrundlage für die Kooperation.
- Diese Ziele könnten z.B. sein:
 - Gemeinsame Aktivitäten planen und durchführen.
 - Angebotsinformationen entwickeln und umsetzen.
 - Regelmäßige Treffen zu aktuellen Themen veranstalten.





I


II

III


III Die Praxis von Kooperation und Vernetzung

Die Arbeitsschritte in der Übersicht:

- Initiative und Auswahl
- Die erste Gesprächsrunde
- Mögliche Entwicklungen der Gesprächsrunde
- Wie geht es weiter? Ermutigung zur Verstärkung
- Vorschläge zu Formen der Kooperation



ifb.




I

II



III

Initiative und Auswahl

- Die Kooperation geht vom Jugendamt aus.
- Auswahl von Gebieten und Zielgruppen
 - Das Jugendamt wählt entsprechend des Bedarfs, der in der Jugendhilfeplanung festgestellt wird, mögliche Standorte. Im Vordergrund stehen Informationen über die soziale und ökonomische Situation der Familien.
 - Für die Verbesserung der Bedarfsgerechtigkeit der Angebote ist ein besonderes Augenmerk auf Gemeinden oder Stadtteile in Randlagen, auf hohe Anteile von besonderen Familienformen (z.B. Zuwanderer, sozial benachteiligte Familien), von Familien in besonderen Lebenslagen und mit besonderen Belastungen zu richten.
- Das Jugendamt lädt zur ersten Gesprächsrunde ein. Sinn und Zweck des Treffens sind in der Einladung klar und verständlich zu formulieren.



ifb.






Die erste Gesprächsrunde

- Die Einladenden stellen ihr Anliegen vor.
- Hilfreich ist es, auf erfolgreiche Initiativen hinzuweisen.

Inhalte der ersten Gesprächsrunde sollten sein:

- Diskussion über Bedarfe vor Ort
- Diskussion über die Erfahrung mit Defiziten und Mehrfachangeboten
- Brainstorming, Problemdiskussion
- grundsätzliche Entscheidung dafür, den Versuch einer Zusammenarbeit zu wagen






Diskussion über den Bedarf vor Ort

Es ist wichtig, über Defizite und Mehrfachangebote zu sprechen und zur Abstimmung des Angebotes anzuregen:

- Anregen eines Austausches: Wie sieht es heute aus? Was fehlt? Was soll anders werden?
- Gut ist es, Defizite und bereits Vorhandenes großräumig zusammenzutragen.
- Ideen und Vorschläge können z.B. auf Karteikarten gesammelt werden.
- Mögliche Fragestellungen sind:
 - Welche Angebote werden bereits durchgeführt?
 - Was fällt im Hinblick auf Familienbildung negativ auf, was fehlt?
 - Was könnte man machen, gemeinsam organisieren?




Auf diese Weise ist es möglich einen Überblick darüber zu bekommen, welche Erfahrungen die Anbieter selber vor Ort gemacht haben.





Um ein möglichst umfassendes Bild sowohl von der Angebots- wie auch der Nachfrageseite zu gewinnen, sind vor allem im Hinblick auf „Bedarfsgerechtigkeit“ mehrere Maßnahmen möglich:


- Angebote ermitteln
 - Einrichtungen vor Ort können telefonisch zu ihrem Angebot befragt werden.
 - Die überörtlichen Einrichtungen können angeschrieben werden.
 - Die Ergebnisse werden dann den Teilnehmern der ersten Gesprächsrunde vorgestellt, wobei um Ergänzung und Korrektur, Diskussion und weitere Anregungen gebeten wird.
 - Die Ergebnisse können zu einer Broschüre (z.B. Wegweiser für Familien) zusammengestellt und verteilt werden.
- Um den Bedarf besser kennen zu lernen, gibt es viele Strategien, z.B.:
 - Er kann z.B. durch eine schriftliche Befragung von Eltern abgefragt werden.
 - Eltern können Verbesserungen und Veränderungswünsche in einem Kummerkasten deponieren.
 - Man kann Eltern zu Diskussionsrunden einladen.





Mögliche Entwicklungen der Gesprächsrunde

Für den Fortbestand der Kooperation sind gemeinsame Aufgaben wichtig:




- Sie bieten die Anlässe für weitere Treffen.
- Sie sorgen dafür, dass Austausch und Gespräch stattfinden.
- Daher ist es wichtig, konkrete Ziele und Ziele für gemeinsames Handeln finden.
- Diese dürfen zunächst auch ganz klein sein.
- Unserer Erfahrung nach eignen sich
 - z.B. ein Familienfest zum Beginn der Kooperation.
 - Die Arbeit an einem „Familienwegweiser“ als erstes gemeinsames Ziel.





Gemeinsames Handeln ist nicht einfach.


- Ein Familienfest gibt den beteiligten Anbietern die Möglichkeit, sich den Familien vor Ort vorzustellen, dient aber auch der Identifikation mit der Kooperation.
- Unsere Erfahrungen:
 - größte Schwierigkeit: einen Termin finden; deshalb wurde die Auftaktveranstaltung als „Huckepack“-Veranstaltung geplant.
 - Ideenlisten zu Angeboten wurden als Wandzeitung vorgestellt; die Familien konnten diese bewerten, ergänzen und mit Kommentaren versehen.
- Der Familienwegweiser stellt eine umfassende Sammlung der Angebote vor Ort dar.
- Unsere Erfahrungen:
 - Die Angebote sollten sich an Familien mit Kindern und Jugendlichen vor Ort richten.
 - Der Wegweiser hat sich als erstes gemeinsames Ziel sehr sinnvoll erwiesen, weil so die Anbieter auch selber einen Überblick über die Bandbreite an Angeboten vor Ort erhalten.
 - Neben Anbietern vor Ort werden auch überörtliche Beratungseinrichtungen mit aufgenommen um den Familien einen möglichst umfassenden Einblick in Einrichtungen und Angebote zu vermitteln.
 - Auf der Grundlage des Familienwegweisers kann über die vorhandenen Angebote und neue Möglichkeiten vor Ort gesprochen werden, weil ein umfassender Überblick vorliegt. Dies regt zur Vertiefung der Kooperation an.





Wir-Gefühl ist nötig - Logo und Motto fördern die Gruppenidentifikation

Unsere Erfahrung:




- Es hat sich als äußerst nützlich für den Zusammenhalt der gesamten Kooperationsgruppe erwiesen, unter einem einheitlichen Logo (Slogan und/oder Abkürzung) zu firmieren. Logo und Motto finden dann auch in den Publikationen (z.B. Einladungsschreiben, Familienwegweiser) durchgehend Verwendung.
- Im Rahmen der Erstellung des Familienwegweisers wurde ein Malwettbewerb in der örtlichen Grundschule veranstaltet, um das Deckblatt für den Wegweiser gestalten zu können. Dies hat zum Vorteil, dass sowohl die Kinder, als auch die Familien einen persönlichen Bezug zu dem Wegweiser herstellen können.
- Dennoch sind Kooperationsgruppen nicht statisch, sondern lassen neue Mitglieder zu und müssen auch damit zurecht kommen, wenn Teilnehmer ausscheiden.






Vorschläge zu Formen der Kooperation

- Es hat sich als sinnvoll erwiesen, Vernetzung und Kooperation in der Familienbildung zunächst in unbürokratischer Weise durchzuführen.
- Für eine dauerhafte Kooperation sind dann unterschiedliche Grade der Intensität und Tiefe der Zusammenarbeit möglich:
 - Ein Koordinationssteam, das alle Anbieter von familienbildenden Maßnahmen einmal im Jahr zusammenführt, um Veranstaltungstermine aufeinander abzustimmen. Inhaltliche Abstimmungen der Angebote sind dabei möglich, aber nicht die Regel.
 - Der Runde Tisch ist ein auf Dauer und Nachhaltigkeit angelegtes Kooperationsgremium. Er organisiert und steuert sich weitgehend selbst.
 - Auf der kommunalpolitischen Ebene kann (alternativ oder zusätzlich) ein so genannter Familienbeirat ins Leben gerufen werden, der als beratendes Organ des Gemeinde- oder Stadtrates fungiert. Familienbildung ist aber nur ein Teilbereich seiner Aufgaben, da der Beirat die ganze Bandbreite der Familienbelange abdecken und kommunalpolitisch begleiten soll.
 - Daneben sind viele weitere Zwischenformen denkbar.



Wie geht es weiter?



- Eines der wesentlichen Ziele ist es, eine eigenständige Kooperation zu entwickeln, also eine Abkoppelung vom Jugendamt. Die Initiatoren ziehen sich zurück, stehen aber weiterhin für Informationen zur Verfügung.
- Voraussetzung ist, dass im Arbeitskreis ein Interesse an kontinuierlicher Zusammenarbeit besteht.
- Der Arbeitskreis muss längerfristig autonom arbeiten können – dazu bedarf es eines „harten Kerns“ von Aktiven und ggf. eines Trägers.






Verstetigung


- Soll die Kooperation auf Dauer gestellt werden, dann folgen regelmäßige Treffen, für Austausch, Terminabsprachen, etc.
- Evtl. Planung eines Jahresprogramms zur Förderung von Familienbildung. Es werden gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt. Das Jahresprogramm sollte nach Möglichkeit inhaltliche Schwerpunkte erhalten z.B.
 - Berücksichtigung einer bestimmten neuen Zielgruppe oder
 - ein aktuelles Thema als Schwerpunkt setzen.
- Letztlich soll so begonnen werden, die Anliegen der präventiven Familienbildung umzusetzen, das heißt:
 - Es sollten neue niederschwellige Konzepte zur Anwendung kommen, um allen Familien, unabhängig von Familienform und sozialer Lage, den Zugang zu familienbildenden Angeboten zu erleichtern.
 - Informationen sollen einfach und ansprechend dargeboten werden. Angebote sollen räumlich nah sein und zeitlich günstig liegen.
 - Zudem ist das Augenmerk darauf zu legen, Zugangsbarrieren sozialer Art zu vermeiden oder abzubauen.





Literatur

- Einführung zu Kooperation und Vernetzung
 - Bierschock, K. (2002): Vernetzung und Kooperation im ländlichen Raum. Ein Literaturbericht. ifb-Arbeitspapier, 2-2002. Bamberg.
 - Bollan, M. & Ihle, H.J. (1998): Dezentral und koordiniert. Jugendamt und freie Träger auf einem gemeinsamen Weg – Das Stuttgarter Modell regionaler Steuerung. Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit, 3+4, 65-68.
 - Hagedorn, F. (Hrsg.) (1994): Anders arbeiten in Bildung und Kultur: Kooperation und Vernetzung als soziales Kapital. Weinheit; Basel: Beltz.
 - Heimlich, R. (1998): Kooperation kann man lernen. Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit, 3+4, 58-61.
 - Hebenstreit-Müller, S. & Pettinger, R. (Hrsg.) (1991): Organisation, Förderung und Vernetzung von Familienselbsthilfe. Erfahrungen aus einem Modellversuch mit Familien- und Nachbarschaftszentren. Bielefeld: Kleine-Verlag.
 - Otto, U. (2000): Engagementförderung als multiple Netzwerkkintervention. In: Otto, U., Müller, S. & Besenfelder, C. (Hrsg.). Bürgerschaftliches Engagement. Eine Herausforderung für Fachkräfte und Verbände. Opladen: Leske + Budrich. 11-49.
 - Schiersmann, C., Thiel H.-U., Furch, K. & Pfizenmaier, E. (1998): Innovation in Einrichtungen der Familienbildung. Eine bundesdeutsche Institutionsanalyse. Opladen: Leske + Budrich.
 - Textor, M. (2001): Familienbildung als Aufgabe der Jugendhilfe. Online abrufbar unter: <http://people.freenet.de/Textor>
 - Walter, W., Bierschock, K., Oberndorfer, R., Schmitt C. & Smolka, A. (2000): Familienbildung als präventives Angebot. Einrichtungen, Ansätze, Weiterentwicklung. ifb-Materialien, 5-2000. Bamberg.

Literatur

- Gemeinwesenarbeit
 - Alisch, M. (Hrsg.) (1998): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen: Leske + Budrich.
 - Hollensetin, E. (2001): Bösartige Probleme: Neue Aufgaben für Gemeinwesenarbeit oder Stadtteilmanagement? Archiv für Wissenschaft und Praxis sozialer Arbeit, 1, 65-83.
- Gesprächsrundenmethoden
 - Ebling, I. (1998): Open Space. In: Grundlagen der Weiterbildung. Praxishilfen. Band 3. Neuwied: Luchterhand.
 - Weber, S. (2000): Power to the People!? Selbstorganisation, Systemlernen und Strategiebildung mit großen Gruppen. Sozialwissenschaftliche Literaturrundschau, 2, 63-87.
- Bürgerschaftliches Engagement
 - Braun, J. & Klages, H. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2000): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 2: Zugangswege. Stuttgart: Kohlhammer.
 - Hummel, K. (2000): Bürger sucht Gesellschaft. Freiwilliges Engagement von Menschen und die Dialektik seiner politischen Förderung. Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit, 11+12, 241-247.
 - Zimmer, A. (2000): Voraussetzungen und Chancen für Bürgerschaftliches Engagement in der modernen Gesellschaft. Online abrufbar unter: http://212.65.1.122/Hauptversammlung_2000/Dokumente/Rede_Zimmer.doc.

